



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Oberverwaltungsgericht
Az.: 082-5/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

22. März 2017

Rundschreiben Nr. 167/2017

Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2016

Kurzfassung:

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt hat den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2016 veröffentlicht. Der Bericht enthält einen Überblick über die aktuelle Geschäftslage in der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt und eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen, die im Jahr 2016 getroffen wurden, sowie eine Vorschau auf Verfahren, die im Jahr 2017 entschieden werden sollen.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt hat den Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2016 (**Anlage**) veröffentlicht. Er nutzt diesen Bericht auch, um auf die 25jährige Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Sachsen-Anhalt zurückzublicken, die organisatorische sowie personelle Entwicklung der Verwaltungsgerichte nachzuzeichnen und besondere Entscheidungen der vergangenen Jahre hervorzuheben.

Für das Jahr 2016 beschreibt der Bericht, dass gegenüber dem Jahr 2015 aufgrund der Aufhebung der besonderen Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes Magdeburg für die Asylverfahren große strukturelle Veränderungen zu bewältigen waren. Gleichzeitig stiegen die Asylverfahren gegenüber 2015 um 60 % an. Im Einzelnen haben sich die Geschäftszahlen wie folgt entwickelt:

Bei den Verwaltungsgerichten Halle und Magdeburg sind im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 9.550 Verfahren neu eingegangen. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Geschäftsjahr 2015 (7.613 Eingänge) im Durchschnitt um etwa 25 %. Zu beobachten ist, dass die Eingänge in den allgemeinen Verfahren in etwa gleich bleiben.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Eine deutliche Steigerung ist jedoch bei den Asylverfahren von 3.011 Eingängen im Jahr 2015 auf 4.839 Eingänge im Jahr 2016 zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2012 (788 Eingänge) hat sich die Zahl der Asylverfahren versechsfacht. Die hohe Zahl offener Asylhauptsacheverfahren (3.265) wirkt sich außerdem wesentlich auf die Entwicklung der Bestände aus.

Verfahren in Asylangelegenheiten bildeten mit 52 % (Vorjahr 40 %) der Eingänge gefolgt vom Recht des öffentlichen Dienstes (12 %) und vom Abgabenrecht (10 %) den inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit der Verwaltungsgerichte.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den Verwaltungsgerichten hat sich dennoch leicht verringert. Sie betrug im Jahr 2016 für

- allgemeine Klageverfahren 11,5 Monate
- allgemeine Eilverfahren 2,2 Monate
- Asyl-Klageverfahren 9,4 Monate sowie
- Asyl-Eilverfahren 0,7 Monate.

Für das Obergericht des Landes Sachsen-Anhalt (OVG) sind die Eingangszahlen bei den allgemeinen Verfahren ebenfalls rückläufig (2015: 851 Eingänge, 2016: 759 Eingänge). Im Bereich der Asylverfahren ist hingegen ein deutlicher Anstieg von 38 Verfahren im Jahr 2015 auf 110 Verfahren im Jahr 2016 zu verzeichnen.

Neben Beschwerdeverfahren (20 %) bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte der Entscheidungen des OVG Verfahren aus den Bereichen öffentlicher Dienst (15 %), Asyl (13 %) sowie Abgaben (11 %).

Die durchschnittliche Verfahrensdauer beim OVG betrug im Jahr 2016 für

- erstinstanzliche Hauptverfahren 18,0 Monate
- Berufungen einschließlich Zulassungsverfahren 7,1 Monate
- Berufungen in Asylverfahren 1,4 Monate sowie
- Beschwerden in Eilverfahren 1,6 Monate.

In einem weiteren Teil enthält der Bericht eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen der Verwaltungsgerichte im Jahr 2016. Aus kreislicher Sicht sind dabei insbesondere folgende Entscheidungen hervorzuheben:

- denkmalschutzrechtliche Abrissgenehmigung für eine Kommune (Seite 24),
- deutschlandweites Tierhaltungsverbot von Schweinen für gewerbliche Halter (Seite 26),
- Widerruf einer waffenrechtlichen Erlaubnis wegen Erwerbs eines Zielfernrohrs (Seite 28),
- Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises (Seite 35),
- Asylrecht - Irak (Seite 37),
- Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Fortführung einer privaten Sekundarschule (Seite 40),

- Konkurrentenverfahren im bodengebundenen Rettungsdienst (Seite 42),
- Asylverfahren eines syrischen Staatsangehörigen (Seite 43) sowie
- Schadensersatzansprüche der Kommune gegen Bürgermeister und Gemeinderäte (Seite 45).

Für das Jahr 2017 werden Entscheidungen zu folgenden Fragen angekündigt:

- Rechtmäßigkeit der Kormoran-Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt (Seite 31),
- Rechtmäßigkeit einer Stadtratswahl (Seite 33),
- Normenkontrollverfahren gegen die Anordnung des Anschluss- und Benutzungszwangs zur Fernwärmeversorgung (Seite 33) sowie
- Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes (Seite 33).



Theel

Anlage
(**nur** digital)